

»Vergangenheit, die nicht vergehen will«

Geschichte und Aktualität des »Historikerstreits«

Ernst Nolte steht wieder im Rampenlicht. Erst kürzlich feierte »Die Welt« den mittlerweile 83jährigen als einen der »klügsten Geschichtsdenkler des 20. Jahrhunderts«, der, wie der Politikwissenschaftler Volker Kronenberg mutmaßte, seine Frage »nach dem Entstehungs- und Beziehungsverhältnis von nationalsozialistischem und bolschewistischem Terror- und Vernichtungsregime« womöglich »20 Jahre zu früh« gestellt habe. Tatsächlich waren es dessen im Juni 1986 in der FAZ veröffentlichte Thesen über den »kausalen Nexus« zwischen Auschwitz und dem Archipel Gulag (vgl. AIB # 58), die den höchst emotional geführten »Historikerstreit« um die Singularität der nationalsozialistischen Judenverfolgung auslösten. Nunmehr, zum 20. Jahrestag des »Historikerstreits« erheben sich Stimmen, die »Gerechtigkeit für Ernst Nolte« (Kronenberg) fordern, der in den damaligen Auseinandersetzungen Opfer einer linken »Verdächtigungskultur« geworden sei, deren »geschichtspolitischer Bannstrahl« heute »prekär« erscheine.

Jedoch ging es in den damaligen Kontroversen trotz der Fokussierung auf Ernst Nolte weniger darum, dessen Auffassungen empirisch zu stützen oder zu widerlegen. Den eigentlichen Hintergrund des »Historikerstreits« bildete vielmehr die Frage, an welchen Referenzpunkten sich die nationale Identität der Bundesrepublik 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges orientieren sollte.

Während die einen darauf drängten, den Nationalsozialismus zu »historisieren« und dessen fortwährende Präsenz in der politischen Kultur der Bundesrepublik zurückzudrängen, sahen die anderen genau darin einen neokonservativen Versuch, die »erst nach – und durch Auschwitz« gewachsene Bindung an »universalistische Verfassungsprinzipien« zu kappen. Demnach war, wie der Historiker Hans-Ulrich Wehler resümierte, der »Historikerstreit« eine vor allem geschichtspolitische Kontroverse um die »kulturelle Hegemonie« in der Deutung der jüngeren deutschen Geschichte.

»Konservative Tendenzwende« – Die Rahmenbedingungen des »Historikerstreits«

Als der »Historikerstreit« im Sommer 1986 in den großen Tages- und Wochenzeitungen seinen Lauf nahm, war dies der Höhepunkt bereits länger

geführter Kontroversen um einen »normalisierten« Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Seit Mitte der 1970er Jahre hatten linksliberale Intellektuelle wie etwa Jürgen Habermas auf eine sich abzeichnende konservative »Tendenzwende« hingewiesen. Die Aufbruchstimmung, die mit der 68er-Bewegung sowie dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 verknüpft gewesen war, ebnete allmählich ab. Hatten die hegemonialen gesellschaftlich-politischen Diskurse bis dahin unter dem Leitbegriff der »Emanzipation« gestanden, gewannen nun im Zeichen eines um sich greifenden Krisenbewusstseins Fragen nach der »Identität« der Deutschen zunehmend an Bedeutung.

Die Wiederentdeckung der Geschichte wurde so zu einer der zentralen Ressourcen eines aufblühenden neuen Nationalbewusstseins. Kennzeichnend hierfür war die verklärende Bezugnahme auf frühere Epochen deutscher Geschichte, die als eine angeblich »bessere«, vor allem aber »unbelastete« Vergangenheit idealisiert wurden. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung nicht zuletzt in zahlreichen publikumswirksamen historischen Ausstellungen, wie z.B. über »Preußen« in Berlin (1981).

Auf politischer Ebene stellte der Machtwechsel in Bonn im Herbst 1982



den vorläufigen Abschluss der konservativen »Tendenzwende« dar. Schon unmittelbar nach dem Regierungsantritt der CDU/CSU/FDP-Koalition hatte Bundeskanzler Kohl eine umfassende »geistig-moralische Wende« proklamiert, von der sich viele auch einen »normalisierten« Umgang mit der deutschen Vergangenheit versprachen. Tatsächlich zielte die Geschichtspolitik des Kanzlers darauf, die Präsenz der NS-Vergangenheit zurückzudrängen und die Verbreitung identifizationsfähiger Geschichtsbilder zu fördern. Diese sollten u.a. in einem »Haus der Geschichte der Bundesrepublik« sowie in einem zentralen Nationalmuseum in Berlin zum Tragen kommen.

Der Verdacht, dass es Kohl darum ging, einen »Schlussstrich« unter die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu ziehen, schien sich anlässlich der Israel-Reise des Kanzlers im Jahr 1984 zu erhärten. Im Hinblick auf die in der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen reklamierte Kohl während seines Staatsbesuchs für sich und den überwiegenden Teil der deutschen Gesellschaft »die Gnade der späten Geburt«. Im Mai 1985 schlug der geschichtspolitische

Skandal von Bitburg¹ vor allem auf internationaler Ebene hohe Wellen. Publizistischen Flankenschutz erhielt die Bundesregierung im konservativen Feuilleton. Die Auseinandersetzungen um den Umgang mit der Vergangenheit nahmen hier Züge eines Kulturkampfes an. In diesem Sinne kam der Feststellung des als Berater Helmut Kohls wirkenden Historikers Michael Stürmer geradezu programmatische Bedeutung zu, »dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«.

»Eine Art Schadensabwicklung«? Die Konfliktlinien des »Historikerstreits«

Diese Entwicklungslinien waren es, die Jürgen Habermas im Blick hatte, als er im Juli 1986, »apologetische Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung« konstatierte und damit den entscheidenden Impuls für den »Historikerstreit« lieferte. Als Protagonisten eines Geschichtsrevisionismus, der darauf abziele, die NS-Vergangenheit zu »historisieren«, identifizierte Habermas neben Michael Stürmer auch die Historiker Klaus Hildebrandt, Andreas Hillgruber und Ernst Nolte. Besonders die Thesen der beiden letztgenannten sollten in den folgenden Monaten die zentralen Konfliktpunkte des »Historikerstreits« bilden.

Hillgruber, damals Ordinarius für Geschichte an der Universität Köln, hatte Anfang 1986 ein Buch mit dem Titel »Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums« veröffentlicht. Thema des Bandes sind die Ereignisse an der zusammenbrechenden Ostfront im Winter 1944/1945. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Massenflucht großer Teile der deutschen Bevölkerung vor der heranrückenden Roten Armee, müsse sich, so resümierte Hillgruber, »der Historiker [...] mit dem

konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelte[n] und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren.«

Unternahm Hillgruber damit den Versuch, die Wehrmacht des »Dritten Reichs« zu rehabilitieren, ging es Ernst Nolte um eine grundlegende Neuinterpretation der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Seine Thesen, die er im Juni 1986 in der FAZ veröffentlichte, hatte er bereits in den Jahren zuvor publiziert. Doch erst im Kontext der geschichtspolitischen Kontroversen um einen »normalisierten« Umgang mit der NS-Vergangenheit wurde Noltés Deutung des Holocaust von einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen.

Ein zentraler Wesenszug des Nationalsozialismus sei, so argumentierte Nolte, dessen radikaler »Antimarkismus« gewesen. Dieser resultiere aus einer nicht zuletzt bei Adolf Hitler zu beobachtenden Furcht vor den »asiatischen Taten« des sowjetischen Bolschewismus. Die unter sowjetischer Verantwortung begangenen Massensterben und die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten sah Nolte durch einen »kausalen Nexus« miteinander verknüpft.

Seine Kernthesen formulierte er in suggestiven Fragen: »Vollbrachten die Nationalsozialisten [...] eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?«

Dieser Interpretation zufolge stellen die unter bolschewistischer Herrschaft begangenen Verbrechen nicht nur einen historischen Vorgriff auf die nationalsozialistische Vernichtungs-

1] In Bitburg besuchten Helmut Kohl und Ronald Reagan gemeinsam den Soldatenfriedhof »Kolmeshöhe«, auf dem unter anderem 49 SS-Angehörige beerdigt sind.

[1], [2] Faksimile aus »Die Welt« vom 24. Juni 2006.

→



→ politik dar. Der Holocaust erscheint vielmehr als putativer Notwehrakt des NS-Regimes, das, nach Noltens Auffassung durchaus zu Recht, eine existentielle Bedrohung durch den Bolschewismus fürchtete. Diese Betrachtungen enthielten zwei Aspekte, die einer relativierenden Deutung der nationalsozialistischen Massenverbrechen Vorschub leisteten: Erstens verlieh Nolte »Auschwitz« eine scheinbare Plausibilität, indem er den Versuch unternahm, den Handlungsmotiven der Nationalsozialisten einen rationalen Kern zuzuschreiben. Zweitens konnte seine Interpretation der Judenvernichtung als »asiatische Tat« auch als der Versuch gelesen werden, den Holocaust partiell aus der deutschen Geschichte herauszulösen. Diese »Entsorgung der Vergangenheit« (Wehler) bot wiederum einen Ansatzpunkt, den Nationalsozialismus emotionslos zu »historisieren«.

Lagerbildung – Die Kontrahenten des »Historikerstreits«

Die Thesen von Hillgruber und Nolte stießen nicht nur bei Jürgen Habermas, sondern auch bei einer Reihe linksliberaler Historiker auf Widerspruch. Auf der anderen Seite formierte sich eine Phalanx konservativer Publizisten und Geschichtswissenschaftler, die für Hillgruber, Nolte, Hildebrandt und Stürmer Partei ergriff. Die dichotome Lagerbildung der jeweiligen Protagonisten war somit

von Beginn an ein zentrales Kennzeichen des »Historikerstreits«.

Bemerkenswert war jedoch die generationelle Geschlossenheit der Kontrahenten, von denen die meisten den Jahrgängen zwischen 1923 und 1930 entstammten. Der »Historikerstreit« wurde vorwiegend von Vertretern der so genannten Flakhelfergeneration ausgetragen. Diese repräsentierten jene Alterskohorte, die, aufgewachsen in der Zeit des Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg noch aus eigenem Erleben kannten. Sie hatten ihre wissenschaftliche Karrieren erst in der Bundesrepublik begonnen und waren seit den 1960er Jahren an den Universitäten in einflussreiche Positionen gelangt.

Die Fraktionierungen während des »Historikerstreits« entstanden nicht zufällig. Sie spiegelten vielmehr die zwei sich methodisch konträr gegenüberstehenden Lager wieder, die seit Mitte der 1960er Jahre das Profil der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft prägten. Für Ernst Nolte und Andreas Hillgruber ergriffen vor allem Historiker Partei, die als Vertreter einer klassischen Politik- und Diplomatiegeschichte gelten konnten. In deren Verständnis von Geschichte kam besonders den Entscheidungen »großer (Staats)männer« sowie außenpolitischen Konstellationen zentrale Bedeutung für den Ablauf historischer Prozesse zu. Den Gegenpol bildeten Historiker, die diese personenzent-

rierten Ansätze in Frage stellten und sich demgegenüber als Protagonisten einer Historischen Sozialwissenschaft begriffen. Ihr Forschungsinteresse galt vor allem den historischen Prägenkräften sozio-ökonomischer Strukturen.

Seit dem Ende der 1960er Jahre hatte es mehrfach heftige Kontroversen zwischen Politik- und Strukturgeschichtlern gegeben, wobei die Konflikte meist in historischen Fachzeitschriften ausgetragen worden waren. In dieser Perspektive war der »Historikerstreit« eine weitere Aktualisierung der seit zwei Jahrzehnten schwelenden Auseinandersetzungen, um hegemoniale Positionen innerhalb der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft und die daran geknüpfte geschichtspolitische Deutungsmacht. Für das eigentliche Geschehen im Holocaust interessierten sich demnach auch die linksliberalen Kritiker von Nolte und Hillgruber bestenfalls am Rande. Zwar wurde heftig über die Vergleichbarkeit und die Singularität des Holocaust gestritten, neue historische Erkenntnisse förderte die Kontroverse jedoch nicht zutage.

Diese Beobachtungen mögen zum einen erklären, weshalb sich eine jüngere Generation von Historikern, die seit Mitte der 1980er Jahre verstärkt zu den unterschiedlichen Facetten nationalsozialistischer Vernichtungspolitik zu forschen begann, kaum an den Kontroversen des »Historikerstreits«

beteiligte. Zum anderen wird deutlich, dass aufgrund der Lagerbildung entlang eines zwei Jahrzehnte schwelenden Machtkampfes, Positionierungen jenseits der beiden Pole kaum festzustellen waren.

Die Kritik der Alltagsgeschichte

Grundsätzliche Kritik an den Thesen von Nolte und Hillgruber, wie auch an den Geschichtsbildern ihrer Gegner äußerten jedoch die Protagonisten der sich etablierenden Alltagsgeschichte sowie die Aktivisten zahlreicher Geschichtswerkstätten, die seit dem Ende der 1970er Jahre im Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen entstanden waren. So wurden die geschichtsphilosophischen Betrachtungen Noltés über den »kausalen Nexus« zwischen dem Archipel Gulag und »Auschwitz« ebenso zurückgewiesen, wie der von Hillgruber in seinem Bändchen »Zweierlei Untergang« formulierte Anspruch, er habe eine Erfahrungsgeschichte der deutschen Bevölkerung in der Endphase des Zweiten Weltkrieges schreiben wollen. Dessen Schlussfolgerung, der Historiker müsse sich mit dem »Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten« und den »Anstrengungen des deutschen Ostheeres« identifizieren, rief etwa die scharfe Kritik der Alltagshistorikerin Adelheid von Saldern hervor: »Hillgruber liefert ein gutes Beispiel dafür, wie sich Werte und Normen verschieben, wenn man sich bei der historischen Erfahrungsanalyse vom Nationalen als einem Wert an sich leiten lässt.« Gleichzeitig warfen Vertreter der Alltagsgeschichte den Sozial- und Strukturhistorikern vor, durch »generalisierende Abstraktionen« historische Prozesse und Ereignisse zu beschreiben, ohne die daran beteiligten Akteure in den Blick zu nehmen. Das »Hinnehmen und Mitmachen der Vielen« (Alf Lüdtke) in der Zeit des Nationalsozialismus würde somit hinter entpersonalisierenden Strukturanalysen verschwinden. Auf

den Verlauf des »Historikerstreits« konnten diese Interventionen freilich nur marginalen Einfluss nehmen.

Der historische Ort des »Historikerstreits«

Rückblickend ist festzustellen, dass sich im »Historikerstreit« geschichtspolitische und wissenschaftsimmanente Konfliktlinien bündelten, deren Ausgangspunkte weit vor den Kontroversen der Jahre 1986/1987 lagen. Die Auseinandersetzungen eskalierten jedoch nicht zufällig im Zeitraum zwischen dem 40. Jahrestag des Kriegsendes und dem 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1989. Den eigentlichen Hintergrund bildete die zunehmend dringlich empfundene Frage, an welchen Referenzpunkten sich die nationale Identität der Bundesrepublik orientieren sollte. Die Haltung der meisten an der Debatte beteiligten Historiker war in hohem Maße selbstreferentiell: Weitgehend unter sich, wenn auch in der Arena einer breiten medialen Öffentlichkeit, stritten die etablierten Vertreter des Fachs um die geschichtspolitische Deutungskompetenz. In diesem Sinne stellte der »Historikerstreit« eine Kontroverse dar, die aus den spezifischen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Konstellationen in der »alten« Bundesrepublik der 1980er Jahre resultierte.

Die epochalen Umbrüche der Jahre 1989/1990 veränderten jedoch den geschichtspolitischen Referenzrahmen vollständig. Die Vorstöße, nun auch zu einem »normalisierten« Umgang mit der NS-Vergangenheit zu gelangen, ließen nicht lange auf sich warten. Der »Historikerstreit« erfuhr dabei jedoch keine Neuauflage. Zwar spitzte Ernst Nolte seine Thesen über die Beweggründe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in einer Reihe weiterer Publikationen zu, breite Resonanz erzielten seine Veröffentlichungen allerdings nicht. Zu deutlich hatte sich der 1991 emeritierte

Historiker den Positionen eindeutiger Holocaust-Leugner angenähert. Die eingangs zitierte Feststellung, Ernst Nolte sei mit seinen Thesen »20 Jahre zu früh« gewesen, verweist hingegen auf sich gegenwärtig im europäischen Kontext vollziehende geschichts- und erinnerungspolitische Umbrüche, die tatsächlich zu einer »Historisierung« und Entkonkretisierung der NS-Vergangenheit führen könnten. Im Rahmen einer sich herausbildenden »identitätsstiftenden« gesamteuropäischen Geschichtspolitik könnten die nationalsozialistischen Verbrechen stärker als bisher mit den Gewalt- und Diktaturerfahrungen in den ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas in Beziehung gesetzt werden. Die Zusammenschau der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts würde somit den negativen Referenzpunkt einer gemeinsamen europäischen historischen Meistererzählung bilden. Das Bewusstsein für die Präsenzlosigkeit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik droht hierbei freilich verloren zu gehen.

Ernst Nolte spielt als Stichwortgeber für die hier skizzierten erinnerungskulturellen Transformationsprozesse keine Rolle mehr. Dennoch sehen ihn seine Adepten durch eben diese Entwicklungen bestätigt. Nolte habe sich, so urteilt der FAZ-Redakteur Lorenz Jäger, trotz seiner zwanzig Jahre währenden Isolierung »auf eine eher stille Weise [...] durchgesetzt.« Ernst Nolte avanciert in dieser Sichtweise zu einem Visionär, der im »Historikerstreit« zum »Hauptangeklagten« erklärt worden sei, nunmehr aber seinen Freispruch durch die Geschichte erhalten habe. In der gegenwärtig zu beobachtenden »Historisierung« des »Historikerstreits« sind die damaligen Konfliktlinien weiterhin virulent. Der Kulturkampf um Deutungsmacht erfährt seine Fortsetzung. Der »Historikerstreit« scheint demnach auch nach 20 Jahren noch nicht vorbei zu sein. ■

Literatur:

- FREI, NORBERT: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005
Gerstenberger, HEIDE/SCHMIDT, DOROTHEA (Hg.): Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, Münster 1987.
GROBE KRACHT, KLAUS: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005.
HERBERT, ULRICH: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: MARTIN SABROW/RALPH JESSEN/KLAUS GROBE KRACHT (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 94-113.
»Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987.
SCHNEIDER, MICHAEL: »Volkspädagogik« von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die »Historisierung« des Nationalsozialismus und die »selbstbewusste Nation«, in: Archiv für Sozialgeschichte XXXV (1995), S. 532-581.
WIEGEL, GERD: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, Köln 2001.